

mit hohem persönlichem Engagement im Interesse der ganzen Gesellschaft leisten.

Anders in den kapitalistischen Staaten. Dort entstehen zwischen den zentralen Machtorganen und den Organen der „kommunalen Selbstverwaltung“ ständig neue Widersprüche. Durch das Herrschaftssystem des Monopolkapitals werden die Restformen bürgerlicher Demokratie zusehends zerstört und die Kommunalorgane immer mehr zu Erfüllungsgehilfen des Monopolkapitals bei der Durchsetzung seiner antidemokratischen, reaktionären Politik degradiert.

In den örtlichen Volksvertretungen unseres Staates üben ca. 200 000 der besten Vertreter der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und aller anderen werktätigen Schichten als Abgeordnete staatliche Machtfunktionen aus. In fast 80 500 Kommissionen und Aktiven dieser Volksvertretungen sind etwa 520 000 Abgeordnete, Nachfolgekandidaten und weitere von den Volksvertretungen berufene Bürger als Mitglieder tätig.

Die Monopolbourgeoisie der BRD unternimmt seit geraumer Zeit und in zunehmendem Maße einen Generalangriff auf die im Grundgesetz proklamierten Rechte der Kommunen. Im Zuge einer „Gebiets- und Verwaltungsreform“ wurde die Anzahl der kommunalen Mandate von 400 000 auf 130 000 reduziert. Die Verwaltung wurde für den Bürger noch unüberschaubarer, die Wege zu den Ämtern wurden noch weiter. Ja, dem Bürger wird ganz unverblümt die Fähigkeit abgesprochen, an politischen Entscheidungen und am Wohl und Wehe seiner Gemeinde teilzunehmen.

Bei uns ist in den Städten und Gemeinden die Finanzierung der geplanten Aufgaben gesichert. Alle örtlichen Haushalte werden auch 1984 ausgeglichen sein. Der effektive Umgang mit den Mitteln des Staates wird weiterhin zur Erhöhung der Leistungskraft der Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung beitragen.

Im Kapitalismus ist die akute Finanznot der Kommunen das Resultat der Politik der Hochrüstung und der Abwälzung der Krisenlasten auf die Städte und Gemeinden. In der BRD betragen ihre Schulden 1960 14 Milliarden DM. Bis 1970 hatten sie sich auf 46 Milliarden DM erhöht, also mehr als verdreifacht. Heute liegen sie bei etwa 100 Milliarden DM. Die Rotstiftpolitik kommt einem sozialen Kahlschlag gleich. In den kapitalistischen Ländern werden selbst hohe Sozialausgaben rigoros gestrichen, die den ärmsten und bedürftigsten Schichten der Bevölkerung ein Leben an der Grenze des Existenzminimums sicherten. Die erschreckendsten Meldungen über überfüllte Suppenküchen und Obdachlosenasyle kommen nicht zufällig aus dem sog. reichsten Land der Erde, den USA.

Während sich im Kapitalismus auch im Niedergang der Kommunen die Menschenfeindlichkeit dieses Systems zeigt, drücken das weitere Aufblühen und die harmonische Entwicklung unserer Städte und Gemeinden den humanistischen Charakter der sozialistischen Gesellschaftsordnung aus.

*Anspruchsvolle Ziele zu Ehren des 35. Jahrestages der DDR*

Überall in unserem Lande geben Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angehörige der Intelligenz, geben alle Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 35. Jahrestages der DDR ihr Bestes. Die tägliche Erfüllung des Planes und seine gezielte Überbietung betrachten sie als Verpflichtung und Ehrensache. Einen festen Platz bei der weiteren Stärkung der DDR nimmt auch in diesem Jahr der Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“ ein. Er führt zur Erschließung bedeutender volkswirtschaftlicher Reserven. Mit alledem werden auch die Voraussetzungen für unsere sozialistische Kommunalpolitik geschaffen. Die Berichte der Gemeinden Fehrbellin und Wittgensdorf vor dem Staatsrat der DDR am 5. Dezember 1983 zeigen eindeutig, daß Leistungssteigerung die Grundlage für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist. Auch für die Kommunalpolitik gilt, durch Intensivierung mit geringerem Aufwand mehr zu erreichen, die örtlichen Reserven zu erschließen und mit der Kraft aller Bürger leistungsstärke und schöne Gemeinden zu gestalten.

Es entspricht zweifellos dem Willen der Bürger, bis zum 35. Jahrestag der DDR jeder Stadt, jeder Gemeinde und jedem Ortsteil ein freundliches Antlitz zu geben. Gute Wohnverhältnisse, gepflegte Straßen und Plätze, schöne Anlagen und Vorgärten, günstige Verkehrsbedingungen, niveauvolle Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen, behagliche Stätten der Gastronomie und Erholung sind unsere Ziele.

Auf dem Lande liegt die Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Steigerung der Produktion im Interesse aller Dorfbewohner. Die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, die Eigenversorgung mit Obst und Gemüse, die Nutzung jedes Quadratmeters Boden und aller Bewässerungsmöglichkeiten sind hierbei Gegenstand vielfältiger Initiativen.

Je zielstrebigere sich die Arbeitsbeziehungen zwischen Volksvertretungen, Betrieben und Ausschüssen der Nationalen Front als sozialistische Gemeinschaftsarbeit gestalten, je effektiver die Möglichkeiten der territorialen Rationalisierung gemeinsam erschlossen werden, desto größer wird der Nutzen für alle sein.

**Zusammensetzung der Kreistage, Gemeindevertretungen und Stadtbezirksversammlungen (Stand vom 20. Mai 1979)**

	Kreistage (Stadt- und Landkreise)*	Gemeinde- vertretungen	Stadt- bezirks- versamm- lungen
<b>Sämtliche Abgeordnete</b>	<b>27 168 (100)</b>	<b>170 427 (100)</b>	<b>3 975 (100)</b>
Frauen	11 337 (47,7)	59 348 (34,8)	1 616 (40,7)
Abgeordnete unter 25 Jahre	5 873 (21,6)	22 863 (13,4)	856 (21,5)
<b>Soziale Stellung der Abgeordneten</b>			
darunter:			
Arbeiter	15 124 (55,7)	76 122 (44,7)	2 505 (63,0)
Mitglieder von LPG, GPG und PwF	3 206 (11,8)	41 057 (24,1)	21 (0,5)
Angestellte	7 465 (27,5)	42 303 (24,8)	1 283 (32,3)
<b>Qualifikation der Abgeordneten</b>			
darunter:			
Hochschulabschluß	7 013 (25,8)	14 652 (8,6)	899 (22,6)
Fachschulabschluß	6 806 (25,1)	40 122 (23,5)	939 (23,6)

\* Einschließlich Stadtbezirksversammlungen von Berlin, Hauptstadt der DDR  
Klammerzahlen = Prozent

*Höhere Wirksamkeit der Volksvertretungen und größere Autorität der Abgeordneten*

Im Gemeinsamen Aufruf des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates, des Ministerrates und des Nationalrates der Nationalen Front der DDR zum 35. Jahrestag der DDR heißt es: „Erste Bedingung aller unserer Erfolge war und ist die Macht der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Ohne diese Macht kann auch alles andere nicht geraten. Niemandem ist gestattet, sie anzutasten. Geführt von der marxistisch-leninistischen Partei, getragen vom Bündnis aller in der Nationalen Front vereinten gesellschaftlichen Kräfte vereinigt unser sozialistischer Staat die politischen und sozialen Kräfte seiner Bürger zu gemeinsamem und zielgerichtetem Handeln für den Sozialismus.“

Die Ausschüsse der Nationalen Front tragen in diesem Sinne Mitverantwortung für eine höhere Wirksamkeit der Volksvertretungen und ihrer Organe, für die größere Autorität der Abgeordneten als Repräsentanten der sozialistischen Staatsmacht und als Interessenvertreter der Bürger. Indem die Abgeordneten im Betrieb anerkannte Arbeit leisten, mit an der Spitze des täglichen Ringens um die Planerfüllung stehen und in den Wohngebieten gemeinsam mit den Bürgern noch ungelöste Probleme zu klären suchen, wird das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und ihrem Staat